



Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 10 September 2010

TOP 25: Beratungsstellen Frau & Beruf (Drucksache 17/774)

Siegrid Tenor-Alschausky:

Die Beratungsstellen für Frauen müssen erhalten bleiben!

Minister Schmalfuß hat den Beratungsstellen „Frau und Beruf“ in Schleswig-Holstein anlässlich des 20jährigen Jubiläums vor einem Jahr bescheinigt, hervorragende Arbeit zu leisten. Dagegen hielt die „Haushaltsstrukturkommission“ die Arbeit von „Frau und Beruf“ für entbehrlich und forderte den Abbau angeblicher Doppelstrukturen.

Gemeinsam mit meinen Kollegen Baasch und Eichstädt habe ich zu dieser Thematik eine kleine Anfrage gestellt (Drucksache 17/715). Auf die Frage, in welchen Bereichen der Tätigkeit von „Frau und Beruf“ solche Doppelstrukturen erkennbar seien, lautet die Antwort: „Die genannte Formulierung ist im Bericht der Haushaltsstrukturkommission enthalten, von der Landesregierung z.B. bei der Detailvorstellung der einzelnen Maßnahmen durch die Staatskanzlei jedoch nicht übernommen worden.“ Daraus folgere ich, dass die allseits geschätzte Arbeit eingestellt werden soll, ohne dass **Ersatzstrukturen** vorhanden sind!

Was geschieht in den elf Beratungsstellen? Die hochqualifizierten Beraterinnen führen jährlich etwa 10.000 Beratungen durch, davon 2.400 Erstberatungen. Die Zielvereinbarung mit dem Land sieht vor, dass 40 Prozent der Frauen nach der Erstberatung innerhalb von drei Monaten in Arbeit oder Weiterbildung sein sollen oder ihren Arbeitsplatz gesichert haben. Eine Vereinbarung, die immer erfüllt und häufig sogar überschritten wurde!

Die Beraterinnen widmen sich aber nicht nur der **Einzelfallberatung**. Wichtig sind auch der Aufbau und die Pflege von **Kontakten**. Es geht um Unternehmen, die Praktikumsplätze, Arbeitsplätze, geeignete Weiterbildungsangebote anbieten, um Kontakte zu den ARGEN und der Bundesanstalt für Arbeit, deren Angebote zu wenig auf die Bedürfnisse von Berufsrückkehrerinnen zugeschnitten sind.

Die Erfolge von „Frau und Beruf“ resultieren auch daher, dass die Beraterinnen in ihrer zum großen Teil langjährigen Tätigkeit diese erforderlichen persönlichen Kontakte vor Ort aufbauen

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de



und pflegen konnten, zum Nutzen der Frauen und ihrer Familien, aber natürlich auch zum Nutzen der Unternehmen und der Regionen.

Jeder weiß, der Fachkräftemangel nimmt rasch zu und gleichzeitig wird das **Potential vielfach gut ausgebildeter Frauen** nicht genutzt! Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss konkret gelebt und organisiert werden. Es darf nicht sein, dass für Elternzeitrückkehrerinnen Arbeitsplätze so unattraktiv gestaltet werden, dass die Frauen sich nicht unterstützt und geschätzt sondern häufig sogar gemobbt fühlen.

Frauen dürfen nicht in nicht Existenz sichernde Teilzeitbeschäftigung abgedrängt werden. Sie brauchen die **Unterstützung der Beraterinnen** von „Frau und Beruf“, ebenso wie Unternehmen

Der Plan der Landesregierung, die Finanzierung 2011 und 2012 zurückzufahren und nach dem Auslaufen der jetzigen ESF-Förderperiode ganz einzustellen, ist für uns nicht zu akzeptieren. Wer bewährte Strukturen zerstört, trägt die Verantwortung für das Zusammenbrechen dieses wichtigen Arbeitsfeldes! Ein Arbeitsfeld, das angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels für **die Zukunft der Arbeitswelt** in Schleswig-Holstein von entscheidender Bedeutung sein wird. Ganz zu schweigen von dem enormen Potential, das Frauen in das Arbeitsleben einbringen!

Die Landesregierung antwortet in der oben schon zitierten kleinen Anfrage, man könne die Beratungsstellen nicht mehr fördern, wolle „gleichzeitig aber auch die Neuverankerung des Aspekts der Chancengleichheit im Erwerbsleben prüfen.“ Was hat die Prüfung ergeben? Wer soll die bisher von den Beraterinnen von „Frau und Beruf“ geleistete Arbeit übernehmen? Oder hält die Landesregierung sie für verzichtbar? Fragen über Fragen, Antworten gibt es nicht. Will man auch hier, wie in so vielen anderen Bereichen, **professionelle Strukturen abbauen**, um auf Ehrenamtliche zu verweisen?

Die SPD lehnt die Zerschlagung der Beratungsstellen „Frau und Beruf“ ab. Sie haben erfolgreiche Arbeit geleistet und müssen dies auch künftig tun können!

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de